

## Die Frage der Migrationen im internationalen Sozialismus: Stuttgart (1907) – London (1926)

Die Frage der Migrationen von Arbeitskräften spielte beim Aufbau der internationalen Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle. Schon die erste Internationale, die IAA, wurde zum Teil gegründet, um die Arbeitsbedingungen in England gegen den Druck der niedrigeren Löhne des Auslands zu schützen. Daran erinnert Karl Kautsky zu Beginn der ersten großen Phase der internationalen Debatte. Somit rückte die weltweite Konkurrenz der Arbeit, die der „Lohndrücker“ und „Streikbrecher“ (sarrazins und kroumirs), in den Vordergrund. Ihr sollte die internationale Solidarität entgegengesetzt werden. Anhand der Diskussionen im internationalen Rahmen wird hier die Diskrepanz zwischen den entwickelten Prinzipien und ihrer Umsetzung dargestellt.

Abgesehen von früheren Resolutionen stand erst im Jahre 1904 die Frage der Migrationen auf der Tagesordnung eines Kongresses der bereits 1889 gegründeten sozialistischen Internationale. Dies war relativ spät für ein Thema, das zum Kern des Internationalismusverständnisses gehört. Aus der Geschichte des internationalen Sozialismus selbst lassen sich Gründe für diese Verspätung anführen. Zum einen war die Internationale lange damit beschäftigt, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung gegeneinander abzugrenzen, bis der Marxismus gegen den Anarchismus den Sieg davon trug. Zum anderen musste sich die Internationale über den europäischen Rahmen hinaus weit genug entwickelt haben, um eine sinnvolle Diskussion über die Migrationsfrage zu gewährleisten. Die Hauptdebatte fand jedoch nicht 1904 in Amsterdam statt, sondern wurde auf den folgenden Kongress 1907 in Stuttgart vertagt, obwohl der Rahmen für die Debatte bereits in den Niederlanden abgesteckt worden war.<sup>1</sup>

Erneut wurde die Frage fast zwanzig Jahre später diskutiert, als in der durch den Ersten Weltkrieg veränderten politischen Lage der Meinungs-austausch wieder dringend erschien. Im Juni 1926 tagte in London ein gemeinsamer Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI), der ausschließlich den Migrationen der Arbeiterschaft gewidmet war<sup>2</sup>. Theoretische Erörterungen, Lageberichte, Stellungnahmen sowie Resolutionen werden hier in der Gegenüberstellung untersucht. Ob und inwiefern sich die Situationen und die Standpunkte in den zwanzig Jahren geändert haben, ob und inwiefern es eine Kontinuität zwischen den beiden Momenten gab, wird auch im Folgenden erörtert.

1 Georges Haupt (Hrsg.), Reprints der Berichte der Kongresse der Sozialistischen Internationale, Genf 1978, S. 197 ff.

2 John W. Brown, World Migration and Labour. Supplemented by Report of World Migration Congress, convened by the International Federation of Trade Unions and the Labour and Socialist International at London, June 1926, Amsterdam 1926, S. 335-392.

Zunächst soll auf die Historizität des Wortschatzes und auf das enge Verhältnis zur Konjunktur hingewiesen werden. Im deutschen sozialdemokratischen Sprachgebrauch ging es um proletarische Wanderungen, Ein- und Auswanderung, gelegentlich Rückwanderung und selten um Emigration. Migration wurde nicht gebraucht, Zuwanderung auch nicht. Man sprach von „fremden Arbeitskräften“ oder von der „Kulifrage“, aber weder von „Gastarbeitern“<sup>3</sup>, noch von Aus- und Übersiedlern, oder von „Überfremdung“, wenigstens nicht im sozialistischen Milieu. Der Wortschatz hat sich inzwischen eindeutig verändert.

Es wird hier kein Gesamtbild der „proletarischen Wanderungen“ anhand von Statistiken dargeboten. Vielmehr sollen zum einen die theoretischen Erörterungen der an den Debatten Teilnehmenden vorgestellt werden. Dabei gilt es festzustellen, ob und inwieweit sie überhaupt rezipiert wurden. Zum anderen wird auf die soziale Wirksamkeit der jeweiligen Vorstellungen einzugehen sein. Ohne anachronistisch vorzugehen, kann man die Kluft zwischen Resolutionen und ihrer Durchführbarkeit anhand der neuesten soziologischen Forschung in Frankreich dokumentieren. „Seit langem stoßen die allgemeinen Erklärungen der Gewerkschaftszentralen gegen den Rassismus auf Übersetzungsprobleme an der Basis“. Den antirassistischen Aktivisten wirft man zum Beispiel vor, dass sie ein zu großes Interesse für „diese Leute“ an den Tag legten, gegebenenfalls würden sie im Betrieb isoliert, weil sie nur eine „Minderheit“ unterstützen würden<sup>4</sup>.

In Amsterdam wurden zwei Resolutionen, die von der argentinischen sozialistischen Partei und die von Van Kol (Niederlande) und Hillquit (USA), vorgelegt. Die erste Resolution betrachtete die Wanderarbeiter als Opfer des kapitalistischen Systems und sprach sich gegen jegliches Gesetz zur Einschränkung der Ein- und Auswanderung aus. Den Auswanderern sollte eine breite Information zur Verfügung gestellt werden, während die Sozialisten in den Parlamenten für eine Gesetzgebung kämpfen sollten, um die organisierte Einfuhr von Arbeitskräften zu beschränken und den Einwanderern Bürgerrechte zu sichern. Die zweite Resolution unterstrich eher den Druck, den die Einwanderer auf die Löhne ausübten und die Notwendigkeit einer Gesetzgebung, um die Einfuhr von farbigen Arbeitern so niedrig wie möglich zu halten. Dagegen protestierte die zweite Hälfte der amerikanischen Delegation, die sich vornehmlich gegen die Diskriminierung der asiatischen Arbeiter, der „Kulis“, auflehnte. Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Einwanderer wurde auch thematisiert, aber der Kongress beschloss, dass die zur Debatte stehenden Aspekte nicht ausreichten, um eine Entscheidung fällen zu können. Die Frage wurde also vertagt und der Ruf nach zusätzlichem Diskussionsstoff immer lauter, so zum Beispiel einige Monate vor dem Stuttgarter Kongress im Internationalen Sozialistischen Büro, wo beschlossen wurde, dass die Frage der innereuropäischen „Pendelmigrationen“ in der Landwirtschaft aus der Debatte auszuklammern sei<sup>5</sup>.

3 Diese Verschönerungsformel hatte in der frühen Bundesrepublik den doppelten Zweck, zu betonen, dass ausländische Arbeitskräfte zwar erwünscht waren, aber nur auf Zeit.

4 Véronique De Rudder, Christian Poirer, François Vourc'h, *L'inégalité raciste. L'universalité républicaine à l'épreuve*, Paris 2000, S. 147-148.

5 Bureau Socialiste International. *Comptes rendus des réunions, manifestes, circulaires*, hg. v. Georges Haupt, Bd. I, 1900-1907, Paris/Den Haag 1969, S. 258-260.



Wie in der Zweiten Internationale wurde die führende Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, häufig zum Forum der Auseinandersetzungen<sup>6</sup>. Die Erwartungen, die ein Bericht von Max Schippel zur Kulifrage geweckt hatte<sup>7</sup>, wurden enttäuscht. Als Redakteur der „Neuen Zeit“ munterte Karl Kautsky seine Kollegen auf, sich allgemeintheoretisch oder anhand konkreter praktischer Beispiele zu der Frage zu äußern. Das Ergebnis war ein umfangreiches Dossier, woraus hauptsächlich der Beitrag von Otto Bauer mit dem Titel „Proletarische Wanderungen“<sup>8</sup> hervorragte. Zur theoretischen Bearbeitung des Themas kann auch der Bericht des Vertreters des jüdischen Bunds zu dem Kongress, B. Gornberg<sup>9</sup>, gerechnet werden, da er versuchte, einen analytischen Gesamtüberblick zu geben. Verdienste in der Erörterung der interethnischen Beziehungen hatte sich Otto Bauer mit der Publikation seines Werks „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ erworben<sup>10</sup>.

Im Folgenden soll die Argumentation Bauers in gebotener Kürze skizziert werden. Zunächst reduziert Bauer die Aufgabe des Stuttgarter Kongresses darauf, die Wirkung der Migrationen auf Ein- und nicht auf Auswanderungsländer zu erörtern. Ferner bezieht er sich lediglich auf die Wanderungen der Lohnarbeiter und berücksichtigt nicht die landwirtschaftlichen Siedler. In seiner Darstellung laufen zwei widersprüchliche Prozesse parallel zueinander. Dabei handelt es sich um die Internationalisierung der Märkte, des Kapitals und der Arbeit auf der einen Seite sowie um Schutzzölle, Zinspolitik und Gesetze gegen Einwanderung auf der anderen Seite. Widersprüche, die sich durch die Vielseitigkeit der Wanderungen erklären lassen. In Agrarländern seien Auswanderungen mit dem Eindringen des Kapitalismus verbunden und würden u.a. durch die rasante Ausdehnung des Eisenbahnnetzes begünstigt. Aber sobald der innere Arbeitsmarkt in der Lage wäre, Arbeitskräfte aus Agrarregionen aufzunehmen, verringere sich der Strom nach industriell höher entwickelten Ländern. Dieser Auswanderung aus Agrarländern setzt Bauer die industriell-kapitalistische Auswanderung entgegen, die hauptsächlich von Angebot und Nachfrage abhängt. Deshalb laufe ihre Kurve parallel zu der Arbeitslosigkeit und in entgegengesetzter Richtung zu den Preis- und Zinskurven. Der radikaleren Auffassung Gornbergs zufolge stellte sich die Einwanderungsfrage überhaupt nicht, wenn die Auswanderung ausschließlich von Angebot und Nachfrage abhängen würde und der Zufluss von Arbeitskräften aus dem Ausland erst einsetzen würde, sobald die einheimischen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichten.

6 Dossier: Die Neue Zeit (NZ) 25, 2, Nr. 40-45 (1907).

7 Die Kuliarbeit und die Chinesenfrage in Amerika, Australien und Südafrika. Geschichte eines internationalen Arbeiterproblems, sowie der Bericht von Max Schippel für den Stuttgarter Kongress: "Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder. Materialien für den Internationalen Kongress".

8 NZ 25, 2, Nr. 41 (1907), S. 476-494.

9 B. Gornberg, Bericht im Auftrage des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland, Genf, Imprimerie israélite, 1907.

10 Wien, Volksbuchhandlung, 1907.

Da aber die sozialen Prozesse den Gesetzen des Arbeitsmarktes nicht unbedingt gehorchen, führt dies, um das Urteil Bauers aufzugreifen, zu kurz- und langfristigen Auswirkungen, die unterschiedlich zu bewerten sind. Zum einen übe die Einwanderung, indem sie das quantitative Angebot an Arbeitskräften steigere, einen Druck auf die Löhne aus, da der Preis der Arbeitskraft von Angebot und Nachfrage abhängt. Mit der steigenden Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeiter ginge damit auch die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe, gleich welcher Kategorie, Land- bzw. Industriearbeiter, die Einwanderer angehörten. Wichtig wäre nun, die Immigranten zu organisieren, um die Schäden der Reservearmee zu verringern. Bauer und Gornberg sehen das Haupthindernis des gewerkschaftlichen Kampfes nicht so sehr im Ausmaß des brach liegenden Potenzials an Arbeitskräften als vielmehr im Kulturniveau dieser Arbeitskräfte. So würde die erst genannte Kategorie, bestehend aus Arbeitern der Agrarländer, die Errungenschaften der einheimischen Arbeiterklasse stärker gefährden als die zweite Kategorie der Industriearbeiter. Für die einheimischen Arbeiter sei es aber ein geringer Trost, dass sich in einer oder zwei Generationen die Einwanderer assimilieren und in den gewerkschaftlichen Kampf integrieren würden. Denn die Erziehung der Einwanderer aus Agrarländern zu modernen Industriearbeitern sei ein langwieriger Prozess, der nicht willkürlich abgekürzt werden könne. Umso größer die Kluft in dem Kulturniveau zwischen dem Aus- und Einwanderungsland sei, umso länger werde der Annäherungsprozess als Veränderung des Bewusstseins dauern. Fünf Jahre später lieferte Otto Bauer im „Kampf“, der Zeitschrift des Austromarxismus, anhand der Erfahrungen im Habsburgischen Vielvölkerstaat eine Ergänzung mit dem Titel „Die Bedingungen der nationalen Assimilation“, die auch für den Assimilierungsprozess der Einwanderer gültig sein kann. Die Parameter der Diskrepanz werden aufgezählt: Rasse – ein Begriff, der damals in aller Unbefangenheit gebraucht wurde –, Kultur, Religion und Sprache. Die Zahl und die Dichte der Eingewanderten wären ebenfalls zu berücksichtigen. Da sich die Assimilation innerhalb der eigenen Klasse vollziehe, werde sie durch gemeinsame wirtschaftliche, soziale und politische Kämpfe gefördert, aber durch nationale, interethnische Kämpfe behindert.

Um mit der Argumentation Otto Bauers zu den „proletarischen Wanderungen“ fortzufahren, würde es der rasante Anstieg des Eisenbahnverkehrs den Kapitalisten erlauben, fügsame Arbeitskräfte ins Land einzuführen und damit den Anteil der Arbeiterklasse am „gesellschaftlichen Wertprodukt“ herabzusetzen. Dies würde nicht etwa dadurch bewerkstelligt, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Produkte zu vermindern, sondern Arbeitskräfte mit niedrigeren Ansprüchen im Land zu akkumulieren. Tatsächlich werde die organisierte Einwanderung vorangetrieben, um Druck auf die Löhne auszuüben. Während der Lohn- druck als *Wirkung* der freien Einwanderung erscheine, sei er das *Ziel* der organisierten kapitalistischen Einfuhr von Arbeitskräften. Wenn überhaupt, meinte Gornberg, solle der Kampf gegen die Einwanderung sich gegen die Einfuhr der Arbeitskräfte als besonderes Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft richten. Bauer vertrat die Meinung, dass hier ein Knotenpunkt des Endkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat bestehen möge, während das Pendant zu dieser imperialistischen Politik die Ausfuhr von Kapital in rückständige Länder wäre.



Die Steigerung bzw. Senkung der Produktivität würde auch zu den langfristigen Wirkungen der Einwanderung – unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte – gehören. Die Produktivitätssteigerung trage zur Senkung der Preise bei: Während die Arbeiter dank der Einwanderung als Verkäufer ihrer Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt würden, würden sie auf dem Warenmarkt als Käufer von billigeren Produkten begünstigt. Die Einwanderung trage auch zum Aufschwung bei, verlängere die Hochkonjunktur und biete der kapitalistischen Wirtschaft einen Spielraum, der eingeengt werden könnte, falls Akkumulation des Kapitals und Bevölkerungszuwachs zu weit auseinander klaffen würden.

Bruchstücke der Bauerschen Analyse sind im Übrigen in den Berichten und Stellungnahmen anderer Debattierer zu finden. Der Standpunkt der Auswanderungsländer wurde von dem ungarischen Sozialdemokraten Josef Diner-Denes im Dossier der „Neuen Zeit“ vertreten<sup>11</sup>. In einem historischen Überblick beschrieb er den durch Auswanderung verursachten Schaden bei der Bevölkerungszahl. Um diesen Schaden auszugleichen und die Reservearmee aufzubauen, greife das sich entwickelnde kapitalistische System auf die Einfuhr von Arbeitskräften aus benachbarten Ländern zurück. Indessen würde die Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte die Errungenschaften der Arbeiterklasse des Einwanderungslandes immer weniger gefährden.

Aber wie Bauer voraussetzte, lief die Debatte hauptsächlich über die Frage der Einwanderung. In der „Neuen Zeit“ lieferte Morris Hillquit (USA) auch einen historischen Überblick, betonte den Unterschied zwischen freier Einwanderung und der organisierten Einfuhr von Arbeitskräften, wobei auch die Rolle der Schifffahrtsgesellschaften unterstrichen wurde. Karl Vornberg (ebenfalls USA) beschrieb den Widerstand gewisser Organisationen der Arbeiterbewegung, bestritt aber, dass die Errungenschaften der einheimischen Arbeiter durch die Einwanderer überhaupt gefährdet seien, denn sie würden die besseren Berufe ausüben und die Einwanderer würden sich mit einer Arbeit zufrieden geben, die die Einheimischen nicht mehr machen wollten<sup>12</sup>. Damit berührte er zwei zentrale Aspekte in der Diskussion. Zunächst das Unsagbare, das durch die allgemein verkündete Schuld des Kapitalismus verdeckt wurde, nämlich die Ausländerfeindlichkeit gewisser Arbeitergruppen und die Bitterkeit der interethnischen Beziehungen. Exemplarisch traten sie 1893 in den Schlachten zwischen italienischen und einheimischen – französischen – Arbeitern zutage, die in Aigues Mortes ausgefochten wurden, an diesem mustergültigen Ort des proletarischen „Chauvinismus“, um mit den Worten Robert Paris zu sprechen<sup>13</sup>. Zweifellos waren es ungelernte Arbeiter, die zur Gewalt gegriffen hatten. Der zweite Aspekt waren demnach die Veränderungen, die bei der Zusammensetzung der nationalen Arbeiterklassen eingetreten waren: die zunehmende Mo-

11 „Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. Bericht verfasst im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns“, in: NZ 25, 2, Nr. 45 (1907), S. 621–634.

12 Morris Hillquit, „Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten“, in: NZ 25, 2, Nr. 40 (1907), S. 444–445; Dr Karl Vornberg, „Die Feinde der Einwanderung“, in: NZ 25, 2, Nr. 41 (1907), S. 495–502.

13 „Le mouvement ouvrier français et l’immigration italienne (1893–1914)“, in: Pluriel-débat 36 (1983), S. 92–145.

bilität bei den Einheimischen, die die ungelerten Tätigkeiten für die Einwanderer freigestellt hatten. Dies war ein Prozess, der dauerhaft zur „ethnischen Segmentierung des Arbeitsmarkts“ führen sollte, indem eine neue Einwanderergruppe die vorige in gewissen Branchen ablöste<sup>14</sup>.

Zum Schluss wurde die berüchtigte „Kulifrage“, das heißt der asiatischen Arbeiter in Amerika, Australien usw., durch Gustav Eckstein<sup>15</sup> in Ergänzung zu Max Schippels Beitrag betrachtet. Die Hauptgefahren bestünden darin, dass der Rassismus der Arbeiterklasse durch Masseneinfuhr zu leicht geschürt werden könne; sie lägen aber auch – als Verstoß gegen die Menschenwürde – in den Bedingungen der Einfuhr. Weitere Gefahren lägen schließlich auch in der Absonderung der Einwanderer in Wohnvierteln und in ihrer Ausbeutung durch bereits angesiedelte Landsleute. Infolge von Heimarbeit (sweating system) sei den Einwanderern sogar der Kontakt mit der sonstigen Bevölkerung versperrt – ein Tatbestand, der in London etwas stärker betont wurde als in Stuttgart.

Bis auf Gustav Eckstein, der die Gefahr des Rassismus zu beschwören versuchte, wurde das Unsagbare nun in die Verschönerungsformel des „Kulturabstands“ gekleidet, die eine weltweite Offensive gegen die asiatischen Einwanderer erlaubte. Hier war die Haltung der australischen Vertreter idealtypisch. In Stuttgart vertrat Krömer für die australische Labour Party die These eines „weißen Australiens“, das sich gegen die Einfuhr chinesischer oder japanischer Einwanderer richte, die die Errungenschaften der einheimischen Arbeit gefährden würden. Fast wortwörtlich wurde dieselbe These – als fester ideologischer Bestandteil der australischen Arbeiterbewegung proklamiert – in London wiederholt. Schließlich wäre es geradezu unmöglich, die farbigen Arbeiter zu assimilieren. Da die australische Arbeiterbewegung – im Gegensatz zu Stuttgart – keiner Internationale angeschlossen war, wären internationale Beschlüsse für sie nicht bindend.

So radikal verfuhr keine andere Arbeiterbewegung. In den USA versuchte man „nur“, asiatische Arbeiter von den Organisationen fernzuhalten, zum Beispiel bei den „Knights of Labor“ oder bei der „Working Men's Party of California“. Auch der Kongress der kanadischen Gewerkschaften soll im September 1906 beschlossen haben, keine Chinesen aufzunehmen – eine Interpretation, die der kanadische Vertreter 1926 widerlegte. So hätten die kanadischen Gewerkschaften nur den Wunsch geäußert, zusammen mit der Regierung das Ausmaß der Einwanderung bestimmen zu dürfen. Die Haltung der American Federation of Labor, in Stuttgart durch Hillquit beschrieben, war von der Feststellung bestimmt, dass es schwierig sei, die Einwanderer zu organisieren. Indem die amerikanischen Arbeiter gegen die Konkurrenz der ausländischen Lohndrücker kämpften, würden sie den wesentlichen Kampf für bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit vernachlässigen. Das Argument, das in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit in Einwanderungslän-

14 Dieser Prozess wurde vortrefflich in Nancy L. Green, *Du Sentier à la 7e Avenue. La confection et les immigrants*, Paris-New York, 1880-1980, Paris 1998 dokumentiert. Das Buch ist auch auf Englisch erschienen.

15 „Zur Kulifrage“, in: NZ 25, 2, Nr. 43 (1907), S. 548-555.



dern stets wiederholt werden sollte, kam in Stuttgart auch zur Sprache: Statt auszuwandern, sollten die Arbeiter zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung des eigenen Landes beitragen, um die Lage der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt zu verbessern. Dasselbe Argument wurde auch in London vom australischen Vertreter (die USA waren nicht zugegen) vorgebracht: Auswanderung wäre kein Patentrezept gegen Überbevölkerung und Arbeitslosigkeit.

Im Namen seiner Partei, der Socialist Party, sprach sich Hillquit in Stuttgart gegen die Einschränkung der „freien“ Einwanderung aus, meinte aber im Einklang mit den Gewerkschaften, dass „Rassen und Nationen“ auszuschließen seien, die in moderne Produktionsprozesse noch nicht einbezogen und deshalb auch unassimilierbar seien. Das träfe, setzte er fort, für die asiatischen Arbeiter zu: Die Chinesen, zum Beispiel, seien diesbezüglich noch zu rückständig. Zu dieser Einschätzung gelangte auch der Delegierte aus Südafrika, während in London der Vertreter aus Neuseeland den Vorwurf des Rassismus dadurch abzuwehren versuchte, indem er die sozialen und wirtschaftlichen Beweggründe betonte, die zum Ausschluss sowohl gewisser östlicher wie auch gewisser westlicher Einwanderer beitrügen. Unentschieden sei hingegen die Frage der Japaner, die in der Socialist Party der Vereinigten Staaten scharf debattiert wurde. Der japanische Vertreter in Stuttgart, Kato, erwiderte, dass sich die japanische Auswanderung von den anderen nicht unterschied und dass infolgedessen die japanischen Einwanderer durchaus organisierbar seien. Damit machte er sich den Bezugsrahmen der Parteien aus den herrschenden Einwanderungsländern zu eigen.

Aus einer ganz anderen Perspektive sprach in London der indische Delegierte Lajpat Rai. Europa würde die asiatischen Arbeitskräfte je nach Bedarf ausnützen, die Inder mal hier, mal da verfrachten, um sie am Ende aus „weißen“ Ländern auszuschließen, während Indien gezwungen würde, qualifizierte „weiße Arbeit“ aufzunehmen, auch wenn eine einheimische zur Verfügung stünde. Im Namen der höheren Kultur – der Kultur der U-Boote, der Luftbomben, des Giftgases – würden die besitzenden Klassen die internationale Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse zu zersplittern versuchen. Den Beweis ihres Erfolgs lieferten gerade die in der Arbeiterbewegung verbreiteten Aussagen über die Unassimilierbarkeit gewisser Rassen. Damit wurde versucht, Aus- und Einwanderungen im breiteren Rahmen des imperialistischen Systems zu analysieren.

Eine solche Analyse zeugte von den Verschiebungen, die in der Fragestellung zwischen dem Stuttgart und Londoner Kongress eingetreten waren. Wenn auch gewisse Kontinuitäten bereits unterstrichen worden sind, wurden die Beschlüsse von Stuttgart nur durch den österreichischen Delegierten als bindend erwähnt. Die Vertreter der Vorkriegsinternationale waren – bis auf Friedrich Adler, Sekretär der SAI – auf dem „World Migration Congress“ kaum anwesend, so dass die geringe Rezeption der Stuttgarter Debatten kaum überrascht. Aber dieser Aspekt war nicht der einzige Grund. Hinzu kam, dass die Arbeiterbewegung mittlerweile zwischen Sozialisten und Kommunisten, zwischen freien und roten Gewerkschaften, gespalten war: Nur eine Note der den Kommunisten nahe stehenden französischen Gewerkschaft

CGTU<sup>16</sup> erwähnte die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Internationalen der Roten Gewerkschaften. Der Wechsel der Generationen mag auch dazu beigetragen haben, obwohl die Delegierten keine ausgesprochen jungen Leute waren. Auch spielten die Gewerkschafter eine größere Rolle als die Politiker. Hingegen waren Organisationen vertreten, die keiner Internationale angeschlossen waren, wie zum Beispiel die australische. Kurioserweise war die SAI noch „europäischer“ als ihre Vorgängerin, u. a. weil die zukünftige „Dritte Welt“ von den Kommunisten in Anspruch genommen wurde, weshalb der Eurozentrismus erneut – und nicht nur von den Delegierten der außereuropäischen Länder – gerügt wurde.

Der Berichterstatter J. W. Brown vom Internationalen Gewerkschaftsbund schränkte den Rahmen der Debatten auf dauerhafte Einwanderung ein. Seine Auffassung unterschied sich aber wesentlich von dem in Stuttgart abgesteckten Rahmen, indem er Einwanderung und Kolonisation gleichsetzte, als er die Gegenden aufzählte, die durch Zufuhr von Arbeitskräften (weiter)entwickelt werden könnten, darunter Afrika und Südamerika. Er beschrieb aber auch die Veränderungen, die nach dem Ersten Weltkrieg eingetreten waren. Die gesetzlichen Einschränkungen in den USA wurden, auch von anderen Teilnehmern, als Haupthindernis dargestellt, wodurch die Migrationen stark abgenommen hätten. Aber auch in Europa hätte der Weltkrieg die Lage verändert. Zum Beispiel wäre durch die Notwendigkeit, den Bevölkerungsverlust auszugleichen, Frankreich, aber auch Belgien zum Einwanderungsland geworden – eine Tatsache, die kaum wahrgenommen worden ist. Das kleine Österreich litt hingegen unter einer schweren und dauerhaften Arbeitslosigkeit und war im Begriff, ein Auswanderungsland zu werden. Andererseits stand es sowohl für Einwanderung wie auch für Asyl stets offen stand.

Die Gefahr – die Kriegsgefahr als Trauma dieser Nachkriegsgeneration – könne dadurch entstehen, dass gewisse Länder mit einem großen Bevölkerungswachstum keinen Absatz für ihre überschüssigen Arbeitskräfte mehr fänden. In der Tat gesellte sich die Vorstellung des vermeintlichen Überschusses, der anhand von manipulierten Statistiken aufgestellt wurde, zu der Abneigung gegen Auswanderung, um die kolonialen Abenteuer der Regierung Mussolinis zu rechtfertigen. Dies war ein Grund, um die Fragen von Einwanderung und Kolonisation gemeinsam zu behandeln.

Wie einst Otto Bauer, der zu seinen beiden Kategorien von Einwanderern eine dritte – die politische – hinzufügte, wollten sie die Vertreter Italiens wie auch der Sozialrevolutionären Partei Russlands in die Londoner Debatte einbeziehen. Die politische Kategorie war nach dem Ersten Weltkrieg wenn nicht umfangreicher, so doch entschieden sichtbarer geworden. Die Abneigung Mussolinis gegen Auswanderung lässt sich zum Teil damit erklären, dass italienische Arbeiter im Ausland leichter zu Antifaschisten werden konnten, wenn sie es nicht schon waren. Auch die nachrevolutionäre Auswanderung aus dem ehemaligen Russischen Reich bestand zum größten Teil aus Leuten, die sich in den Arbeitsmarkt ihres Exillandes in-

16 Confédération Generale du Travail Unitaire. Es handelt sich um den französischen Fabrikarbeiterverband, der 1921 durch Abspaltung von der sozialistischen Gewerkschaft CGT gegründet, aber 1936 mit ihr wieder vereinigt wurde.



regieren mussten und demzufolge die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, wenn nicht der Arbeitslosen, vergrößerten. Die Grenze zwischen der „ökonomischen“ und der „politischen“ Einwanderung, zwischen Emigranten und Asylanten, war damit verwischt. Erst das Genfer Abkommen nach dem Zweiten Weltkrieg würde sie wieder sichtbar machen, auch wenn der Nansenpass ein erster Schritt in diese Richtung war. Aber in London blieb dies eine Marginalie.

Die Frage der jüdischen Arbeiter in Polen, die von dem Vertreter des Bunds, Wiktor Alter, gestellt wurde, war diesbezüglich ein Grenzfall. Dadurch, dass sie aus einer ganzen Reihe von Berufen ausgeschlossen seien, biete ihnen die Auswanderung einen möglichen Ausweg aus einer verzweifelt Lage. Eine alte Polemik entfachte sich erneut mit dem Vertreter der Poale Zion, B. Locker, und unterschwellig mit dem Delegierten aus Palästina, Ben Zewie. Vor dem Ersten Weltkrieg wurde zunächst unter den jüdischen Arbeiterparteien im Zarenreich die Frage erörtert, ob die Regulierung der Auswanderung zu deren Aufgaben gehöre. Sie wurde damals zwar nicht entschieden, aber Zionisten, Territorialisten und Bundisten stritten um die Richtung der Auswanderung. Hauptsächlich kam dabei die USA als Alternative zu Palästina in Betracht. Der nun im neu aufgerichteten Polen tätige Bund, der sich erst 1930 der SAI anschließen sollte, bestritt, dass Palästina eine angebrachte Lösung wäre, während Locker das Gegenteil durch Statistiken zu beweisen versuchte. Die Auswanderung nach Palästina wäre mehr als dreimal so hoch wie die in die Vereinigten Staaten von Amerika (was sich wiederum durch die in den USA eingeführten Einschränkungen erklären lässt). Also sprach sich auch Alter gegen solche Maßnahmen aus, die ausschließlich angebracht wären, um Streikbrecher in das Land zu holen. Zudem seien die jüdischen Arbeiter nicht nur organisiert, sondern auch gute Organisatoren der Arbeiterbewegung ihres Einwanderungslandes. Auch im typischen Einwanderungsland Palästina, bestätigte Ben Zewie, würde man versuchen, den Andrang von Unorganisierten abzuwehren. Mit diesen Ausführungen wurde die „Judenfrage“ ausführlich diskutiert, aber auch die Schwierigkeit dokumentiert, in bestimmten Fällen den Unterschied zwischen Einwanderung und Kolonisation zu definieren.

Die internationale Solidarität, d. h. der Internationalismus schlechthin, wurde in der Stuttgarter Debatte durch die europäischen Vertreter verteidigt. Man müsse gegen die Ursachen der Migrationen ankämpfen, und nicht gegen ihre Auswirkungen (Rappoport). Es wäre müßig, zwischen „freier“ und gezwungener Einwanderung zu unterscheiden (Ellenbogen). Schließlich müssten nicht nur die Einwanderer, sondern auch die amerikanischen Arbeiter zur internationalen Solidarität erzogen werden.

In London wurden auch die Australier zum Sündenbock der Vertreter Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Italiens oder Polens und im Grunde aller Europäer. Dennoch begnügte man sich meistens mit Werturteilen. In Stuttgart wurde festgestellt, dass die Frage der Migrationen nur in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelöst werden könne. Das allgemeine Verhältnis zwischen Parteien und Gewerkschaften stand übrigens auch auf der Tagesordnung desselben Kongresses. Die Arbeitsteilung war aber einigermaßen klar und wurde bereits in Amsterdam festgelegt. Die Parteien waren durch Parlamentsarbeit für die Gesetz-

gebung zuständig, während die Gewerkschaften versuchen sollten, die Aus- und Einwanderer zu informieren und zu organisieren. Auch in London waren Parteien und Gewerkschaften gemeinsam vertreten, aber die Trennungslinie verlief keineswegs zwischen den beiden Organisationsformen der Arbeiterbewegung. Friedrich Adler bedauerte zwar, dass der Lauf des Kongresses den Eindruck von zu großen Meinungsverschiedenheiten erweckt haben möge, so dass es vielleicht besser gewesen wäre, keinen Kongress zusammentreten zu lassen, wo die Differenzen so krass hervortraten. Er erwiderte aber selbst, dass Kongresse dazu da seien, um Differenzen auszugleichen. Wie in Stuttgart zeichnete sich aber allmählich ein Konsens ab, um eine gewisse Regulierung der Aus- und Einwanderungsströme zustande zu bringen und nationale Migrationsämter aufzustellen, die international koordiniert werden sollten. Neu waren in London die Aufgaben, die dem Internationalen Arbeitsamt (BIT, ILO), bzw. der Internationalen Arbeitsorganisation zugeteilt wurden. Anerkennung für die bereits geleistete Arbeit, aber auch Aufmunterung zur Fortsetzung der begonnenen Tätigkeit wurde ausgesprochen. Die Last der Regelung, also der Lösung des Problems, wurde hiermit einer Organisation zugeschoben, wo die Arbeiterbewegung nur ein Mitspracherecht besaß (mit 6 von 24 Delegierten), wobei einige der 12 Delegierten der Regierungen durchaus Sozialisten sein konnten. Ähnlich sollte später die SAI in eine gewisse Abhängigkeit vom Völkerbund geraten, als sie ihre Ohnmacht vor dem Aufstieg des Faschismus erkannte.

Erörtert wurde auch die wichtige Frage der gesonderten Organisation der Einwanderer, die abgelehnt wurde, weil die jakobinische Tradition der Assimilation mehrheitlich vertreten war. Hierbei wurden Sprachgruppen innerhalb der nationalen Gewerkschaften, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland oder in Frankreich vorhanden waren, bevorzugt. Nur wenige verteidigten das System des „closed shop“, wonach nur bereits organisierte Arbeiter zu einem Beruf zugelassen werden konnten, wie es in der Diamantenindustrie in Belgien seit 1905 der Fall war. Es wurden auch Stimmen laut, die das Migrationsproblem nur als Bestandteil der gesamten sozialen Frage betrachten wollten. Damit wurde allmählich der Rahmen abgesteckt, in dem die Frage im Laufe des 20. Jahrhunderts behandelt werden sollte. Aber die geringe Rezeption des Stuttgarter Kongresses in London zeigte, dass das Thema der Migration nach dem Ersten Weltkrieg bzw. vor dem Hintergrund der jeweiligen wirtschaftlichen Krisen neu durchdacht und erörtert werden musste, um den Verschiebungen in der Fragestellung Rechnung zu tragen und sich die bereits gemachten Erfahrung wieder ins Gedächtnis zu rufen.